

# INFORMAZÖD

CGSP-FGTB

## GELD ODER LEBEN ?

**R**egelmäßig zeigen wir in diesen Zeilen mit dem Finger auf die Exzesse des kapitalistischen Systems. Jedesmal prangern wir die erneute Infragestellung unserer **Bruttolöhne** an, das Aufdröseln unseres sozialen Schutzes, die Entvölkerung unserer öffentlichen Dienste oder auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Der Gipfel der FAO, der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft, der Ende November in

Rom stattfand, gibt uns die Gelegenheit, die Debatte auf breitere Füße zu stellen und die Frage nach dem Hunger in der Welt anzuschneiden. Weit entfernt davon, unbedeutend zu sein, trifft das Problem der Unterernährung heute mehr als eine Milliarde Menschen. Diese Situation ist umso weniger annehmbar, als, immer laut der FAO, die landwirtschaftliche Produktion weltweit es erlauben würde, die Gesamtheit der Bewohner dieses Planeten zu ernähren.

Aber nun, das Recht auf Ernährung wiegt nicht schwer gegenüber den Möglichkeiten des Gewinns, den die Spekulation mit Gütern des Grundbedarfs bringen kann. So haben, gleich zu Anfang der Finanzkrise in den Vereinigten Staaten, die Wirtschaftsanalysten den Investoren



geraten, sich weniger riskanten Investitionen zuzuwenden, nämlich den Rohstoffen, und darunter den Grundnahrungsmitteln. Denn, gleich was auch kommen mag, man muss sich ernähren, und so empfehlen sie, mit den Nahrungsmitteln zu spekulieren. Die Folgen einer solchen Denkweise sind dramatisch.

### **Wenn das Leben sich an der Börse abspielt...**

In Afrika sind Landwirte gezwungen, eingeführte Lebensmittel auf dem Markt zu kaufen,

denn sie sind zu arm, um sich das Ergebnis ihrer eigenen Produktion leisten zu können, deren Preis an den großen Börsenplätzen festgesetzt wird und der wahnsinnigsten Spekulation ausgesetzt ist.

So stieg der Preis des Weizens, der zusammen mit dem Wasser eines der wichtigsten Lebensmittel ist, im Januar 2008 um mehr als 83% im Verhältnis zum Vorjahr. Die gleiche Feststellung gilt für Reis mit einer Steigerung von mehr als 40%. Solche Erhöhungen sind schon schwer zu verkraften für eine große Zahl Haushalte in unseren Ländern, besonders auch in Zeiten der Krise, sie sind schlicht und einfach katastrophal für die Bevölkerung der Entwicklungsländer. Die Voraussagen der UNO sind in dieser Hinsicht alarmierend: der Durchschnittspreis einer

EDITO

.....

Mahlzeit stieg in einem Jahr um 40%, hunderte Millionen Menschen mit einer Hungersnot bedrohend.

Alle sechs Sekunden verhungert ein Kind; in der Zeit, dieses kurze Edito zu lesen, sind mehr als 20 unter ihnen gestorben, während hierzulande zornige Landwirte, Opfer einer intensiven Produktion, welche die Kleinbauern verarmen lässt, keine andere Möglichkeit mehr sehen, als ihre Milchproduktion in die Felder zu gießen.

Es ist nicht notwendig, diese Liste zu verlängern, die zur Genüge beweist, dass der Köder des Gewinns nichts mit unseren Grundrechten zu tun hat und dass das kapitalistische System nichts anderes ist als die Ausbeutung einer großen Mehrheit durch eine kleine Minderheit. Und deshalb ist es zutiefst ungerecht und unmenschlich.

Aus diesen Gründen fordern wir weiter eine andere wirtschaftliche Ordnung, denn zwischen der Börse oder dem Leben haben wir, sehr klar, unsere Wahl getroffen!

**Francis Wégimont**  
Generalsekretär IRW/CGSP

## Frühere Ausgaben von „Info-Azöd“

Um neuere Ausgaben unserer Gewerkschaftszeitung (Nr. 40 bis 52) einzusehen oder herunterzuladen, gebrauche man folgenden Link:

[www.deinegewerkschaft.be/content/view/17/15/lang,ge](http://www.deinegewerkschaft.be/content/view/17/15/lang,ge)

Auf Anfrage kann Ihr CGSP-Regionalverband auch einzelne Nummern in PDF-Format zusenden.

Schreiben Sie an: [welkenraedt@cgsp.be](mailto:welkenraedt@cgsp.be)



# Das Wort ..

## Brüche ?

Alles bricht zusammen... normalerweise !

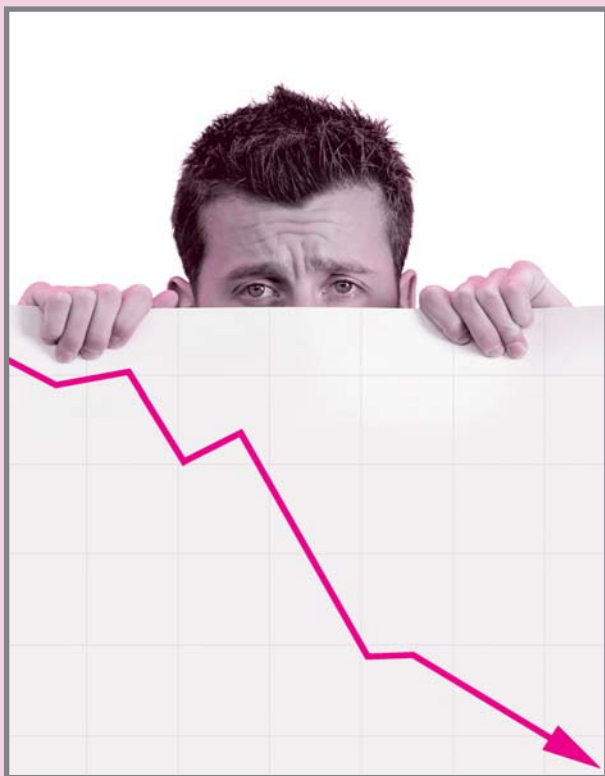
Selbst der Karneval, doch ein sicherer Wert, verfängt sich im Teppich eines Winters, der sich in die Länge zieht. Der Frühling kommt, aber es fällt schwer, daran zu glauben. Was die wirtschaftlichen Aussichten betrifft, sind auch keine Aufklarungen in Sicht.

Die Lektüre der französischsprachigen Wirtschafts- und Finanzzeitungen würde eine Armee von Karnevalisten in die Depression treiben. Ausgewählte Stücke:

*„Die Bankenkrise, das war wenig. Wir müssen uns auf weit Schlimmeres vorbereiten“,* verheißt Joseph Stiglitz, Nobelpreis Wirtschaft, in seinem letzten Buch. *„Der wirtschaftliche Aufschwung stagniert bereits in Europa.“* *„Kein Aufschwung der Beschäftigung in Belgien vor 2011.“* *„Europa bricht zusammen unter den Zweifeln.“* *„Das Gesetz über die Boni, ein Schlag ins Wasser? Im Verhältnis zum ursprünglichen Vorprojekt wurden die Wünsche weit nach unten korrigiert. Und die Juristen überlegen sich schon Abwehrmöglichkeiten...“*

Bei Seite 3 höre ich auf. Mir reicht's !

Seit vielen Jahren und nicht weniger schlagenden Werken, versucht der amerikanische Wirtschaftsexperte Stiglitz, der die Weltbank leitete, vergeblich, davon zu überzeugen, dass man das kapitalistische System gegen seine eigenen Exzesse schützen könnte. Seine Stimme verliert sich in der Wüste. Dieser Gelehrte sagt für das Ende des Jahres einen gewaltigen Sturm für Südeuropa voraus, und eigenartigerweise jene Staaten, die die Kommentatoren bereits ohne Eleganz die PIGS genannt haben (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien). Als Schuldiger ein Finanzsystem, dass wir nicht erneuert haben und das vollkommen unfähig ist, sich selbst zu regulieren. *„Wenn eine ganze Gesellschaft sich damit begnügt, zuzuschauen, wie die Situation außer Kontrolle gerät, gibt es ein ernst zu nehmendes Problem“,* unterstreicht der Wirtschaftsexperte.



Der spekulative Angriff, dem Griechenland nun ausgesetzt ist, ist das Ergebnis eines Systems, welches vor dem globalen Bankrott gerettet wurde durch... die Intervention des Staates. Der Gipfel! Um die Banken zu retten, haben die Regierungen natürlich ihr budgetäres Defizit weiter ausgehöhlt. Sie mussten ihre Verschuldung vergrößern. Voller Hast plädieren die Verteidiger der liberalen Logik nun für eine schnelle Rückkehr zum Gleichgewicht. Ihre Rezepte sind bekannt: drastische Senkung der Mittel für die öffentlichen Dienste und einschneidende Kürzungen in den Sozialausgaben. Damit die Schwächsten die Krise der Reichen bezahlen!

In Griechenland wurde die politische Kraft, dieses reaktionäre Programm aufzuzwingen, Ziel spekulativer Wetten. Wie? Die Akteure, welche die amerikanischen Bürger voriges Jahr wieder flott gemacht haben (Goldman Sachs oder JP Morgan, zum Beispiel) hätten, wie bei den „Subprimes“ des amerikanischen Immobilienmarktes, Kredite zugestanden in der Form von hoch entwickelten abgeleiteten Produkten. Vorteil: diese Schulden können in der nationalen Buchhaltung

verschleiert werden. Heute wetten andere Akteure (insbesondere „Hedge Fonds“) auf die Unfähigkeit der sozialistischen Regierung Papandreou, die diese Situation geerbt hat, die Rückzahlung zu leisten. Die Darlehensgeber sichern sich gegen dieses Risiko durch Versicherungen ab, die CDS („Credit default swap“), die wiederum Finanzprodukte des sekundären Marktes werden, welche die Investoren aufkaufen können. Diese letzteren versichern sich also gegen ein Risiko, das sie nicht eingegangen sind, das ihnen aber viel einbringen wird im Falle des öffentlichen griechischen Zusammenbruchs...

Der Erfolg dieser „Aasgeier“-Spekulationen trägt natürlich dazu bei, die Bewertung der Schulden des Landes zu verschlechtern. Der Staat hat als Folge mehr und mehr Schwierigkeiten, noch Anleihen zu tätigen. Was den Auszug aus der Krise schwieriger und schwieriger macht und dazu beiträgt... diese morbide Wette zu gewinnen.

Die öffentlichen Gelder, die mobilisiert wurden, um das weltweite Finanzsystem zu retten, werden also heute investiert in Angriffe, die auf Staaten abzielen, die den globalen Zusammenbruch vermieden hatten.

Ein moralischer Kapitalismus ist eine Worthülse, ein Widerspruch in sich. Wir wussten es. Die zutiefst selbstzerstörerische Natur des Systems erscheint hier in einem noch grelleren Licht. Es ist unfähig, sich zu ändern. Es ist also Zeit, sich über den wirklichen sozialen Wert der Spekulation Fragen zu stellen. Sie hat keinen! Seit drei Jahrzehnten begleiten die Sozialpolitiken eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf dem freien Warenaustausch, dem freien Kapitalverkehr, der Freiheit zu unternehmen basiert, was die Gesamtheit der belgischen Arbeitgeber mit Vehemenz fordert.

Müssen wir auf diesem Weg weitergehen? Müssen wir nicht brechen mit dieser Dynamik, die uns mit Gelassenheit, aber sicher in den Abgrund führt? Diese Frage wird im Zentrum des Kongresses der wallonischen FGTB am 11. und 12. Mai stehen.

**D.Ri.**



# DIE KRISENBEDINGTEN SPARMASSNAHMEN IN DER DG – EINE ÜBERSICHT

**W**ie wir es schon in der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift andeuteten, hat die Ende 2008 von den USA ausgegangene globale Finanzkrise in den Staatskassen weltweit nicht nur zusätzliche Ausgaben und Schulden hervorgerufen, die aus den Hilfsprogrammen zur Unterstützung zahlreicher Banken resultieren, sondern sie hat auch durch den ihr folgenden wirtschaftlichen Rückgang in sämtlichen öffentlichen Haushalten Mindereinnahmen verursacht.

So auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wo nach Angaben der Regierung diese Mindereinnahmen pro Jahr ein Volumen von etwa 15 Millionen € (bei einem Einnahmen-Haushalt der Größenordnung von 195 Millionen €) erreichen, wobei davon 12 Millionen durch neue Anleihen und 3 Millionen durch Sparmaßnahmen gegenfinanziert werden sollen. Diese Sparmaßnahmen treffen die verschiedenen Bereiche unterschiedlich: das Ministerium mit etwa 1%, die paragemeinschaftlichen Einrichtungen mit 2% und das Unterrichtswesen mit 0,8 % ihrer jeweiligen Ausgabenhaushalte.

Bereits im Juli 2009 hat dann die Regierung erste Kontakte mit den Gewerkschaften aufgenommen und es wurde ein informeller Austausch über die Sozialverträglichkeit diverser von der Regierung geplanter Maßnahmen initiiert.

Bei diesen Gesprächen hat insbesondere der CGSP-Vertreter die Prinzipien des Erhalts der Arbeitsplätze und der Kaufkraft aller Beschäftigten, sowie der Nicht-Dauerhaftigkeit eventueller Sparmaßnahmen angesichts einer zeitlich begrenzten Krisensituation nach vorn gebracht.

Im Oktober und November 2009 hat die Regierung dann die von ihr inzwischen beschlossenen Sparmaßnahmen in Form der Entwürfe eines „Krisendekretes“, sowie mehrerer Regierungserlasse in die Verhandlungsrunde des Sektorenausschusses XIX eingebracht.

Alle betroffenen CGSP-Mitglieder wurden in diesem Prozess konsultiert (am 16. Oktober die Beschäftigten im ADG, am 26. Oktober die Personalmitglieder des Ministeriums und der übrigen paragemeinschaftlichen Einrichtungen und am 29. Oktober die Kollegen des Unterrichtswesens).

Die aus dieser Konsultierung resultierende prinzipielle Ablehnung der Sparmaßnahmen wurde schließlich im Abschlussprotokoll S6/2009 OSUW3/2009 vom 24. November 2009 festgehalten und ausführlich von der CGSP begründet, in erster Linie durch die Feststellung einer Präzedenzsituation durch die einseitige Infragestellung anhand Verzögerung von Maßnahmen eines vereinbarten Kollektivabkommens.

Um welche Maßnahmen handelt es sich im Einzelnen ?

## a. Lokale Behörden und paragemeinschaftliche Einrichtungen ( ADG, BRF, DPB, IAWM):

- Reduzierung der Dotation der Gemeinden und ÖSHZ um 2 Prozent gegenüber 2009.
- Reduzierung der Dotationen 2010 der paragemeinschaftlichen Einrichtungen um 2 Prozent gegenüber der ersten Haushaltsanpassung 2009 und Begrenzung der Steigerung 2011 auf 1 Prozent (einbegriffen die hierunterstehenden Maßnahmen betreffend Urlaubsgeld und Baremenreform).

## b. Personal des Ministeriums und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen:

- Verschiebung der letzten Tranche der Urlaubsgelderhöhung auf 2013. Tatsächlich sah das Sektorenabkommen 2007-2009 für den von der DG abhängigen öffentlichen Dienst (*siehe „Info-Azöd“ Nr. 45 von Mai 2007*) für die Personalmitglieder der Stufe II+ ab 2010 eine Anhebung des Urlaubsgeldes auf 85% eines Monatsgehaltes vor, sowie für die Personalmitglieder der Stufe I ab 2010 eine Erhöhung auf 80% eines Monatsgehaltes vor (die Stufen IV und III kamen bereits 2008, die Stufe II 2009 in den Genuss der letzten Erhöhung). Diese Erhöhung soll nun um drei Jahre verzögert werden.
- Verschiebung der drei letzten Tranchen der Baremenverjüngung auf 2013, 2014 und 2015. Tatsächlich sah das gleiche Sektorenabkommen die Anwendung der ausgehandelten „verjüngten“ Gehaltstabellen für die Stufe II ab 2010, für die Stufe II+ ab 2011 und für die

---

Stufe I ab 2012 vor (die Stufen IV und III waren bereits 2009 in den Genuss der Reform gekommen). Diese Reform soll ebenfalls um drei Jahre verzögert werden.

- Einstellung eines Amtsarztes und striktere Handhabung der Krankenkontrolle im Ministerium und im Unterrichtswesen. Geplant ist, die Kontrolle der Abwesenheiten bei Krankheit nicht mehr über die Firma „Encare“ abzuwickeln, sondern einen eigenen Amtsarzt damit zu beauftragen. Die Regierung erwartet trotz Mehrkosten durch den Personalaufwand des Arztes eine Einsparung von etwa 78.000€ durch schärfere Kontrollen.

### c. Personal des Unterrichtswesens:

- Verschiebung der letzten Tranche der Urlaubsgelderhöhung auf 2013 (*siehe unter Punkt b.*). Laut Regierung ergibt dies eine Einsparung von jeweils 142.000 € für die Jahre 2011 und 2012.
- Verschiebung der zwei letzten Tranchen der Baremenverjüngung auf 2013 und 2014. Tatsächlich sah das o.e. Sektorenabkommen vor, dass der zweite Teil der Gehaltsreform, d.h. die Verkürzung der Finanzlaufbahnen durch Erhöhung der Einstiegsgehälter (*siehe „Info-Azöd“ Nr. 51 von Juni 2009*) in drei Etappen erfolgen sollte: jeweils zum 1. September 2009, 2010 und 2011. Die letzten beiden Erhöhungen sollen nun um drei Jahre verzögert werden. Der Regierung zu Folge ergibt dies eine Einsparung von 202.000 € im Jahr 2011 und 337.000 € im Jahre 2012.
- Erhöhung der Einschreibgebühren in den Abendschulen. Hier sollen die Sozialklauseln für weniger bemittelte Kursteilnehmer jedoch nicht tangiert werden. Die Einsparung soll etwa 57.000 € betragen.
- Bei den philosophischen Kursen im Primarschulwesen soll die Abweichungsberechnung für weniger besuchte Kurse abgeschafft werden und somit die Organisation aller Kurse nach dem gleichen Berechnungsmodus erfolgen, was eine Einspa-

rung von etwa 112 organisierbaren Wochenstunden für die weniger besuchten Kurse (50 Moral, 24 protestantische Religion und 38 islamische Religion) zur Folge hat. Die Regierung beziffert die jährliche Einsparung auf rund 150.000 €.

- Bei den in den Grundschulen zusätzlich zum Stundenkapital gewährten Projekt-Stunden soll die globale Einsparung von etwa 66 Wochenstunden (rund 100.000 € pro Jahr laut Regierung) erfolgen.
- Einstellung eines Amtsarztes und striktere Handhabung der Krankenkontrolle (*siehe unter Punkt b.*). Das bisher im Unterrichtswesen existierende Schiedsverfahren zur Klärung von Unstimmigkeiten zwischen dem Kontrollarzt und dem behandelnden Arzt soll abgeschafft werden, was die CGSP besonders missbilligt hat, da nunmehr im Falle divergierender medizinischer Ansichten sofort der Rechtsweg beschritten werden muss.

Soweit die von der Regierung beschlossenen Einsparungen, die teilweise in verschiedenen Regierungserlassen bereits verabschiedet wurden und sich teilweise im Rahmen des „Krisendekrets“ noch in parlamentarischer Behandlung befinden.

Andere personalrelevante Maßnahmen, die wegen der Kürzung der Dotationen im Bereich der paragemeinschaftlichen Einrichtungen und Kommunen möglicherweise noch getroffen werden, sind in dieser Übersicht nicht enthalten.

**Eine Feststellung jedoch ist sicher: gegenüber im Sommer 2009 von der Regierung erwogenen radikalen Sparmaßnahmen wie Reform des Krankheitsurlaubs, Reduzierung der Gehälter, Erhöhung des Lehrerdeputats oder Streichung des Vorruhestandes im Unterrichtswesen muten diese Beschlüsse noch relativ gemäßigt an. Insofern hat sich der Einsatz der Gewerkschaften zur Abschwächung der Maßnahmen gelohnt, denn ein anderes Mandat haben sie von ihrer Basis nicht erhalten!**

O.B.



# DER BASISKONZERTIERUNGS-AUSSCHUSS: HERZSTÜCK DES SOZIALDIALOGS IM ÖFFENTLICHEN DIENST ?

Wie im Großteil des übrigen öffentlichen Sektors in Belgien werden im von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängigen öffentlichen Dienst, d.h. im Befugnisbereich des „Sektorenausschusses XIX“ (Ministerium, Gemeinschaftsunterrichtswesen und AHS, sowie paragemeinschaftliche Einrichtungen) die Beziehungen zwischen den Behörden (Arbeitgeber) und den Gewerkschaften (Arbeitnehmer) durch eine föderale Gesetzgebung geregelt, die ihren Ausgangspunkt im Gesetz vom 19. Dezember 1974 „zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der von ihnen abhängigen Bediensteten“ findet (\*).

Dieses Gesetz und seine zahlreichen Ausführungserlasse definiert auf komplexe Weise die Struktur des Sozialdialogs in verschiedenen Materien („Verhandlung“ oder „Konzertierung“), sowie auf sämtlichen Ebenen und Sektoren (vom Föderalstaat über die Gemeinschaften und Regionen hin bis zur lokalen Einrichtung), wovon die unterste – d.h. die am Arbeitnehmer nächstliegende – Ebene uns hier interessieren soll: **der Basiskonzertierungsausschuss (BAKOA)**.

Ein Erlass der Exekutive vom 21. Oktober 1992 zählt die verschiedenen BAKOA's der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf und legt den Vorsitz eines jeden fest.

Neben den Ausschüssen für jede G UW-Schule und das PMS-Zentrum der DG (geleitet vom Schulleiter bzw. Direktor), sind die Ausschüsse des Ministeriums und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen von A bis G bezeichnet und jeweils vom zuständigen Aufsichtsminister der Regierung geleitet: Ministerium („A“), BR F („B“), DPB („C“), IAWM („D“), ADG („E“), DGG Gemeinschaftszentren („F“) und AHS („G“).



Was die **Befugnisse** der BAKOA's angeht, so erstrecken diese sich auf sämtliche personalrelevante Fragen der Arbeitsorganisation vor Ort, die nicht gesetzlich geregelt sind (zum Beispiel: Stellenplan, gleitende Arbeitszeit, Organisation der Vertretungen und Aufsichten, Sozialdienst, Weiterbildungen, Zuteilungen und Stundenpläne, Aktivitätenkalender, Verwendung des Stunden- oder Stellenkapitals usw.), aber auch insbesondere die Gutachter- und Kontrollfunktion,

die ihm die Gesetzgebung über das Wohlbefinden am Arbeitsplatz (ehemals Arbeitsschutzordnung mit den Ausschüssen für Hygiene, Sicherheit und Verschönerung des Arbeitsplatzes) anvertraut. Bei dieser letztgenannten Aufgabe arbeitet der BAKOA dem „Internen Dienst für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz“ der DG (siehe „Info-Azöd“ Nr. 49

von November 2008) zu und kann auf dessen Unterstützung genauso zurückgreifen, wie auf diejenige des „externen“ Dienstes (Arbeitsmedizin, Mobbing, sexuelle Belästigung usw.), dem die Einrichtung oder Schule angeschlossen ist.

Die **Zusammensetzung** der BAKOA's gestaltet sich nach dem Prinzip der Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern aus maximal 7 Mitgliedern der Behörde und maximal 3 Mitgliedern für jede repräsentative Gewerkschaft; wobei jede Delegation sich darüber hinaus je nach Tagesordnung von Experten („Techniker“) begleiten lassen kann. Wenn Themen aus dem Bereich des Wohlbefindens am Arbeitsplatz behandelt werden, gehört der Gefahrenverhütungsberater vor Ort (wenn es ihn dort gibt) ebenfalls dem BAKOA an.

Die **Funktionsweise** der BAKOA's ist vom Gesetzgeber mit präzisen Prozeduren und Fristen versehen worden, auf deren

## GEWERKSCHAFTS- PRÄMIEN FÜR DAS REFERENZJAHR 2009

Einhaltung man im Interesse eines korrekten und respektvollen Sozialdialogs achten sollte: die **Einladung** (mit Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung, sowie notwendigen Unterlagen) wird in der Regel mindestens 10 Werktage vorher versandt; die **Tagesordnung** wird vom Vorsitzenden festgelegt, die Gewerkschaften können jedoch um Aufnahme eigener Punkte auf dieselbe ersuchen; der Vorsitzende leitet die Sitzung und bestimmt aus den Vertretern der Behörde einen **Sekretär**; die Diskussionen müssen in der Regel **binnen 30 Tagen** abgeschlossen sein; der **Sitzungsbericht** mit Angabe, der Tagesordnung, der Anwesenden, der Zusammenfassung der Diskussionen und dem begründeten Gutachten wird binnen 15 Tagen den Delegationen zugestellt, die wiederum 15 Tage Zeit haben, um ihre Bemerkungen mitzuteilen. Folgt der Arbeitgeber nicht dem begründeten Gutachten des BAKOA, muss er dies binnen Monatsfrist begründen.

Tatsächlich ist der BAKOA ein Konzertierungsgremium und kein Entscheidungsorgan. Er gibt Gutachten ab bzw. spricht Empfehlungen aus und sollte mindestens 2-3 Mal jährlich tagen.

Trotz der wichtigen Aufgaben, die der Gesetzgeber diesen Ausschüssen anvertraut hat, muss jedoch festgestellt werden, dass die BAKOA's in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im allgemeinen unzureichend, in den Schulen gar selten oder überhaupt nicht funktionieren.

Dies hat mehrere Gründe, teilweise struktureller Art, teilweise in Zusammenhang mit mangelnder Motivation sowohl auf Arbeitgeber-, als auch auf Arbeitnehmerseite.

Tatsächlich ist es so, dass die Spielregeln und die Rolle dieser Instrumente des strukturierten Sozialdialogs zu wenig bekannt sind und zu wenig gefördert werden.

Durch bessere Information und Sensibilisierung, sowie durch Kooperation mit den internen und externen Diensten für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz sollten sie deshalb den Stellenwert erlangen, der ihnen im Interesse der kollektiven Belange zukommt.

**O.B.**

(\*) Es sei bemerkt, dass für das Personal der lokalen Einrichtungen in der DG, d.h. Personal der Gemeindeverwaltungen, des Gemeindeschulwesens, der Interkommunalen und der ÖSHZ die gleiche föderale Gesetzgebung ausschlaggebend ist. Sie ordnet die lokalen Behörden jedoch einer anderen Struktur als dem Sektorenausschuss zu.

Vom Prinzip her zur Förderung eines strukturierten Sozialdialogs vereinbart, stellt die Gewerkschaftsprämie eine Beteiligung des Arbeitgebers an den Kosten der Mitgliedschaft seiner Arbeitnehmer bei den repräsentativen Gewerkschaften dar.

Die Auszahlung dieser Beteiligung erfolgt über die Gewerkschaften an ihre Mitglieder, und zwar nach gesetzlich festgelegten Regeln.

Wir erinnern daran, dass die Gesetzgebung bezüglich der Gewährung einer Gewerkschaftsprämie für bestimmte Bedienstete des öffentlichen Dienstes (außer SNCB, TEC u.a.) bereits seit geraumer Zeit vorsieht, dass die Prämie **jährlich** und nicht mehr, wie in der Vergangenheit, alle zwei Jahre ausbezahlt wird.

Das letzte diesbezügliche Rundschreiben der Kanzlei des Premierministers vom 12. Dezember 2009 wurde im „Staatsblatt“ vom 28. Dezember 2009 veröffentlicht.

Konkret bedeutet dies, dass die öffentlichen Arbeitgeber ihren Bediensteten das Antragsformular für die Prämie 2009 während der Monate Januar, Februar und März 2010 aushändigen müssen.

Die Gewerkschaftsmitglieder sind gebeten, ihr Formular ausgefüllt, datiert und unterschrieben **vor dem 30. Juni 2010** an ihr Regionalsekretariat der CGSP zu übermitteln.

Auch vergessene Formulare betreffend das Referenzjahr 2008 können noch in der gleichen Frist nachgereicht werden.

Die Prämie beträgt **maximal 90 €** (die Höhe der Prämie wird in Funktion des Beitragssatzes und der Anzahl Monate Mitgliedschaft berechnet); ein Formular pro Jahr ist ausschlaggebend.

Die neuen Mitglieder der CGSP sollten Ihren Antrag zusammen mit einer Bescheinigung ihrer alten Gewerkschaft (über die genaue Summe der dort im Jahre 2009 entrichteten Mitgliedsbeiträge) einreichen.

**O.B.**



# Lokale Behörden

## Gemeinden und ÖSHZ

### Pakt für einen soliden und solidarischen lokalen und provinziellen öffentlichen Dienst

**D**ieser Pakt, der im Rahmen des Sektorenabkommens 2005-2006 abgeschlossen wurde, sieht für die Verwaltungen, die beigetreten sind, bei mehreren Möglichkeiten finanzielle Anreize vor:

- das automatische Ersetzen eines ernannten Bediensteten, der die Verwaltung endgültig verlässt (Kündigung, Rente, Tod, usw.), durch einen neuen ernannten Bediensteten;
- die Erhöhung der Anzahl Beamter im Verhältnis zur festgestellten Anzahl des Vorjahres.

Diese finanziellen Anreize gelten als endgültig erworben, insofern die lokalen Behörden, die dem Pakt beigetreten sind, das Datum vom 31. Dezember 2010 beachten zur Anpassung ihrer statutarischen Bedingungen (Bewertung des Personals, Einspruchskammer, Aufwertung der Kompetenzen, Rekrutierungen, Erhöhung der Jahresendprämie, Erstattung der Fahrtkosten in öffentlichen Verkehrsmitteln, verminderte Leistungen aus medizinischen Gründen, Wohlbefinden am Arbeitsplatz, spezifische Laufbahnen, berufliche Untauglichkeit und Fortbildung des Personals).

Im deutschsprachigen Raum sind schließlich sieben Gemeinden dem Pakt beigetreten (Eupen, Lontzen, Raeren, Sankt Vith, Burg-Reuland, Büllingen und Amel). Leider ist kein ÖSHZ beigetreten.

In gewissen Gemeinden (Eupen, Sankt Vith, Lontzen und Raeren), werden mehrere im Pakt vorgesehene Maßnahmen verhandelt und konzertiert oder werden vor den nächsten Sommerferien verhandelt. Die Erhöhung der Anzahl statutarischer Beamter erfordert im Voraus eine

Anpassung des Stellenplans. Dieser unbedingt notwendige Schritt wird in mehreren Gemeinden beginnen.

Darüberhinaus wird der neue Forderungskatalog der CGSP-ADMI für das Personal der lokalen und provinziellen Behörden 2007-2010 ausgearbeitet. Die Hauptforderung betrifft die Ernennung des Personals und daher die notwendige Konkretisierung der durch den Pakt vorgesehenen Verfügungen. Die CGSP-ADMI fordert eine Vergrößerung der finanziellen Mechanismen, welche die lokalen Behörden unterstützt, die sich zu einer Erhöhung der Zahl ihrer statutarischen Beamten verpflichten. Sie beantragt eine deutliche Erhöhung der ursprünglich durch die wallonische Region zu diesem Zweck vorgesehenen Beträge und eine Anpassung der Gesetzgebung über die öffentliche Hilfe zur Beschäftigung, um die Beibehaltung der Subsidien im Falle der Ernennung zu erlauben.

Die CGSP fordert die sofortige Überprüfung der Vorkehrungen, welche getroffen werden können, um die schnelle und effiziente Umsetzung einer Ernennungskampagne des Vertragspersonals zu erlauben.

Erinnern wir daran, dass diese Forderungen der Erhöhung der statutarischen Beamten als Hauptziel haben, den Fortbestand des Pensionsregimes der lokalen und provinziellen Behörden zu sichern. Außerdem stellt die definitive Ernennung der Arbeitnehmer auch eine Garantie dar für die Sicherheit ihrer Arbeitsstelle.

J.N.